

# Corona-Info der ISO N<sup>5</sup>

Liebe Freund\*innen und Genoss\*innen,

Die Ökosozialistische Konferenz der ISO am 9. und 10. Mai war mit vielen fundierten und engagierten Teilnehmer\*innen ein Schritt, um einer Antwort auf die Frage näher zu kommen, wie wir eine ökosozialistische Perspektive unter den heutigen Bedingungen stärken können. Das scheint heute umso wichtiger, wo sehr viele von einer „Zangenkrise“ oder „Doppelkrise“ sprechen und damit die ökonomische Krise unter den Bedingungen der Pandemie meinen unsere Aufgabe wird sein zu klären, dass die ökologische Katastrophe eine entscheidende materielle Bedingung für die zukünftige Entwicklung ist und bleibt.

Mit unserem „Aktionsplan“ (siehe Seite 5 bis 9) bringen wir diese verschiedenen Fäden zusammen und fördern die Kämpfe gegen die Abwälzungen der Folgen der herrschenden Politik im Wissen darum, dass wir in einer Zeit leben, in der wir solche Pläne immer wieder und schneller als gewohnt an die sich verändern Umstände anpassen müssen. Mit diesen Gedanken wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen und Verbreiten dieses Corona-Infos.

Michael und Wilfried  
[newsletter@intersoz.org](mailto:newsletter@intersoz.org)





S. 3 Rundbrief und youtube-Kanal

S. 4 Kategorie lesenwert!

S. 5 Aktionsplan der ISO

S. 10 Jakob Schäfer—Der beschleunigte  
Marsch in die Rezession

S. 23 Thomas Sablowski -  
Chance für eine ökosozialistische Konversion



Internationale Sozialistische Organisation

www.intersoz.org – facebook.com/intersoz.org – iso@intersoz.org – twitter.com/InterSozOrg



# Newsletter

Tragt euch ein in den Newsletter der ISO und bleibt immer auf dem Laufenden, welche neuen Artikel und Beiträge wir auf [www.intersoz.org](http://www.intersoz.org) veröffentlichen.



*macht jetzt*



Jetzt geht es Schlag auch Schlag ;-)

Wie ihr alle merkt: die Pandemie hat die Arbeit der ISO radikal digitalisiert. In letzter Zeit wurden einige Veranstaltungen von uns aufgezeichnet, u.a. die Ökosozialistische Konferenz. Diese werden wir auf YouTube veröffentlichen und dokumentieren. Wer darüber hinaus an diesem Projekt mitarbeiten will, melde sich an den bekannten Stellen - [hier geht es zum Kanal](#).

# Kategorie: lesenswert!

Klaus Hecker  
Seuchenherd Europa bedroht Afrika  
Corona: Eine Krankheit der Weißen?

<https://www.untergrund-blättele.ch/politik/afrika/corona-eine-krankheit-der-weissen-1730.html>

RPM-Mindanao: Öko-sozialistischer Internationalismus jetzt!

<https://intersoz.org/oekosozialistischer-internationalismus-jetzt/>

Lars Henriksson  
Die doppelte Krise - eine Konversionsstrategie.  
Betrachtungen eines Produktionsarbeiters

<https://intersoz.org/die-doppelte-krise-eine-konversionsstrategie/>

Ab hier: bisher leider nur in Englisch  
Übersetzer\*innen gesucht!

Middle East Research and Information Project:

No Good Options for Migrant Workers in Gulf COVID-19 Lockdown

<https://merip.org/2020/04/no-good-options-for-migrant-workers-in-gulf-covid-19-lockdown/>



Ecosocialism or barbarism:  
an interview with Ian Angus

<http://roape.net/2020/03/24/ecosocialism-or-barbarism-an-interview-with-ian-angus/>



# Aktionsplan gegen COVID-19

Die Bundesregierung feiert sich wegen ihrer „Erfolge“ in der COVID 19-Bekämpfung. Aber sind offiziell rund 7.000 Tote und 165.000 Erkrankte bei 82 Mio. Einwohnerinnen hierzulande ein „Erfolg“? Südkorea etwa meldet 11.000 Infizierte und 250 Tote bei 52 Mio. Einwohnerinnen.

Die Bundes- und die Landespolitik hat nicht nur 6 Wochen zu spät reagiert. Sie hat den vorbeugenden Katastrophen- und Gesundheitsschutz nach 1990 durch „Sparpolitik“ weitgehend zerstört. Das Gesundheitssystem hat sie durch Privatisierungen schwer geschädigt. Sie hat nicht die Einhaltung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes durchgesetzt. Und jetzt hat sie auch noch auf Druck von Wirtschaftskreisen viel zu früh „Lockerungen“ genehmigt. Das alles ist eine Missachtung des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ (Art. 2.2 GG.)

Die Verantwortlichen für diese zynische Politik müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

## **Milliarden für Konzerne Bomber statt Gesundheitsschutz?**

Die bisherige Corona-Politik der Bundesregierung hat ein Volumen von rund 1.000 Mrd. €. Sie nutzt vor allem den Konzernen.

Zwingend erforderlich ist jedoch, den größtmöglichen Gesundheitsschutz aller Menschen sicherzustellen (Masken, Tests, Desinfektionsmittel etc.). Das kostet ca. 15 Mrd. € und kann einen erneuten „Lockdown“ verhindern. Stattdessen will die Regierung jetzt Bomber für rund 20 Mrd. € kaufen.

## Gesellschaftlicher Aktionsplan jetzt!

Es muss konsequent ein gesellschaftlicher Aktionsplan gegen COVID-19 durchgesetzt und ständig weiter-entwickelt werden. Eine entschlossene Bekämpfung der Corona-Pandemie sollte auf drei Ebenen erfolgen:

### 1. Nachvollziehbarer Gesundheitsschutz für alle!

- Sichere Masken/Visiere für alle! Strikter Arbeiter\*innenschutz überall vor allem aber in Pflege-, Dienstleistungs-, Handels-, Industrie- und Verkehrsbereichen.
- Stopp der Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen solange kein realer Arbeiter\*innenschutz für die Beschäftigten wirkt. Nur so kann die Ausbreitung von COVID-19 zusätzlich begrenzt werden.
- Wirksamer Gesundheitsschutz insbesondere für die am meisten benachteiligten Menschen (Heimbewohner\*innen, Obdachlose, Geflüchtete und Illegalisierte). Niemand darf zurückgelassen werden!
- Preiskontrolle und Enteignung von Firmen, die mit Gesundheitsschutzmitteln Wucher treiben.
- Umgehendes Auflegen eines staatlich geförderten, bundesweit und international koordinierten und gesellschaftlich kontrollierten Forschungsprogramms für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19. Außerdem sofortige Entwicklung und Umsetzung eines Produktionsprogramms für ausreichende und wirksame Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen (Masken, Handschuhe, Schutzbrillen bzw. -visiere, Schutzkleidung), Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte.
- Selektionsmechanismen (wie Triage) verbieten. Intensivbettenzahl an Steigerung von COVID-19-Erkrankungen anpassen. Akutversorgung von Erkrankten durch ausreichendes Fachpersonal sichern. Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Stopp und Rücknahme

der Privatisierungen. Stattdessen Vergesellschaftung wesentlicher Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie gemäß Artikel 14 und 15 GG unter demokratischer Kontrolle.

## 2. Soziale Verbesserungen durchsetzen!

Insbesondere für die Beschäftigten in der Pflege müssen schnell wirksame soziale Verbesserungen durchgesetzt werden: Personalbemessung für ausreichende Neueinstellungen im Alten- und Krankenpflegebereich, 1.000 € Corona-Zulage für alle und sofort, 15 € Mindestlohn, dauerhafte Erhöhung der Monatseinkommen um mindestens 500 €, reguläre Arbeitsverhältnisse für alle!

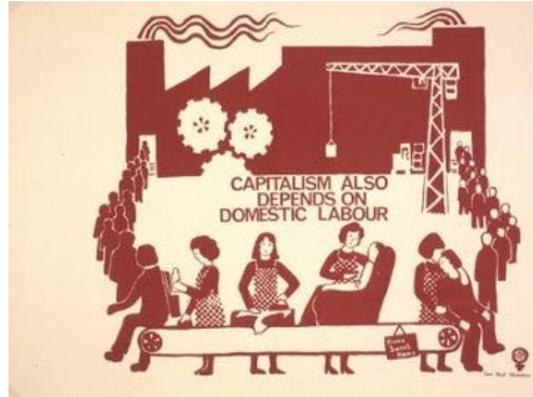
- Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären. Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts.
- Es gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen.
- Die Lockerung des Arbeitszeitgesetzes ist umgehend rückgängig zu machen
- Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung. 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort. Danach weitere Reduzierung auf 30-Wochenstunden.
- Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständig Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern.
- Aussetzen von Sanktionen, Stromsperrern und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Menschen ohne Wohnraum.



Ausbau von Frauenhäusern und Kinderbetreuung für Opfersexueller und anderer Gewalt.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % für alle Geldvermögen über 1 Million Euro, von 35 % über 10 Millionen Euro und 50 % über 100 Millionen Euro.

### 3. Verteidigung und Ausbau der Grund- und Menschenrechte!



Statt Stellvertreterpolitik im Staat, der Gewerkschaft und im Betrieb weiter hinzunehmen, treten wir für Eigenaktivität und demokratische Selbstorganisation ein. Jetzt ist es an der Zeit, sich besser zu vernetzen und solidarisch zu organisieren. Gemeinsames Engagement im Stadtteil, im Betrieb und in den Gewerkschaften ist dringend erforderlich. Den neoliberalen und rechten Lügen müssen wir verständliche Aufklärung auf möglichst breiter Ebene entgegensetzen.

- Wir treten deshalb für die Bildung und Vernetzung von aktiven Solidaritätsstrukturen in den Stadtteilen, Bildungseinrichtungen und Betrieben ein.
- Die Ursachen und das Ausmaß der Corona-Krise in Deutschland müssen öffentlich aufgearbeitet werden.
- Wir treten für Verteidigung und Ausbau unserer Grund- und Menschenrechte ein.

Wir schlagen deshalb allen in diesem Sinn handlungsbereiten Kräften die Entwicklung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit vor!

- **Nein zu der von Politik und Kapital** angestrebten Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit!
- **Die Reichen und die Konzerne müssen zahlen!**
- **Ja zum Aufbau einer solidarischen Front** über alle Organisations-Bereichs- und Staatsgrenzen hinweg!
- Nur **internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie** Grenzen überwinden und wirksame Hilfe leisten!
- Wir zahlen nicht für eure Krisen! Nur gemeinsam sind wir stark!

*Koordination der ISO, 02.05.2020*

*Wir freuen uns auf Reaktionen, Hinweise und Kritiken auf dieses Aktionsprogramm. Es wird stetig weiter ver- und bearbeitet und lebt davon das ihr euch an der Erstellung und Diskussion aktiv beteiligt! Ihr denkt da kommt etwas zu kurz? Oder ihr glaubt das müsste ganz anders sein? Ihr macht neue Erfahrungen in der Diskussion des Aktionsplans mit Freund\*innen und Kolleg\*innen?*

*Dann schreibt uns: [iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org)*

# Der beschleunigte Marsch in die Rezession

Jakob Schäfer

*Die eingetretene Wirtschaftskrise wird nicht in wenigen Monaten überwunden sein. Wie tief ist die Krise und welche politischen Schlussfolgerungen sollten daraus gezogen werden?*

Der Wirtschaftszyklus lief seit Mitte 2019 unübersehbar seinem Ende entgegen. Ab Ende 2018 ging z. B. in Deutschland die Industrieproduktion zurück und lag im Juni 2019 um 5,2 % unter dem Vorjahresmonat.

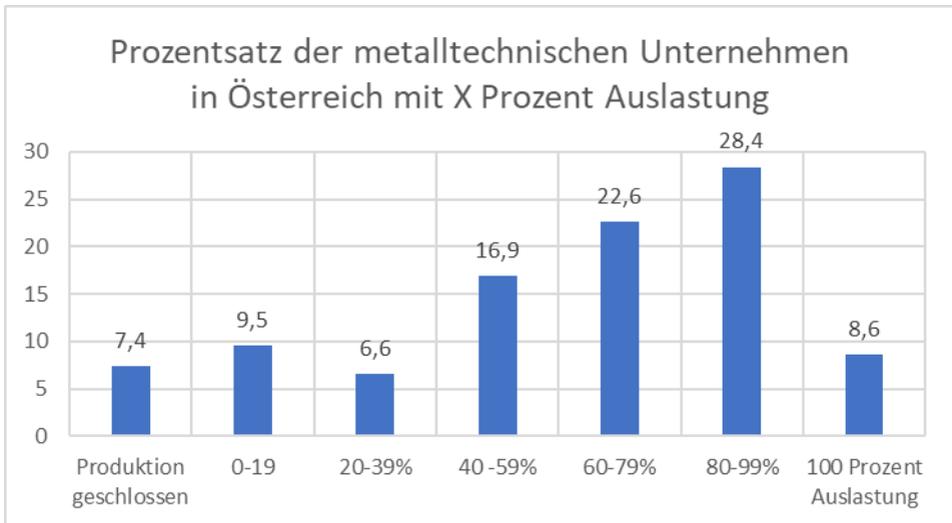
Die Covid 19-Pandemie hat diese Krise nun gewaltig verschärft und nicht nur an den Börsen einen Crash hervorgerufen. Inzwischen hat sich die Krise tief reingefressen, was man zunächst an den sekundären Indizien ablesen kann, etwa dem *Einkaufsmanager-Index* (EMI/PMI): Im April 2020 belief er sich in Deutschland auf nie dagewesenem Tiefstand von 34,5 Punkten.

Nicht besser ist es mit Exporterwartungen: „Die *ifo-Exportserwartungen* der Industrie seien im April von minus 19,0 auf minus 50,0 Punkte abgestürzt, teilten die Wirtschaftsforscher am Montag [27.4.2020] mit. Das sei der niedrigste jemals gemessene Wert. Auch das Ausmaß des Rückgangs sei ohne Beispiel. Die Corona-Pandemie hinterlasse tiefe Spuren auf den Exportmärkten.“



Nach meinen überschlägigen Berechnungen dürfte in diesem Jahr die Auslastung eines Großteils der Industriebetriebe auf 65% und darunter sinken, was für viele Unternehmen 15 % zu wenig ist, um überleben zu können.

Um den Stand Mitte April 2020 zu verdeutlichen hier ein typisches Beispiel: Auf die Frage „Auf welchem Level läuft während der Corona-Pandemie die Produktion in Ihrem Unternehmen?“ antworteten von 247 Unternehmen der metalltechnischen Industrie in Österreich:



Grafik: J. Schäfer

*Level der Auslastung der Betriebe von 0 Prozent (Produktion geschlossen) bis 100 Prozent*

Dies ist heute (Mitte April/Anfang Mai 2020) recht typisch für die Metallindustrie im deutschsprachigen Raum. Nach dieser Umfrage habe nur 37% der Unternehmen eine normale bis sehr gute Auslastung. Die 22 % mit einer Auslastung von 60 – 79% können so die Erfahrung eine Durststrecke von ein paar Monaten durchstehen.

Aber mehr als 40 % können das nicht durchstehen, es sei denn sie erhalten bedeutende Überlebenshilfen.

## Wie lang und wie tief wird die Krise sein?

„Das von dem Institut [DIW] berechnete Konjunkturbarometer brach im April um 47 Punkte auf einen historischen Tiefstand von 37 Punkten ein, teilte das DIW in Berlin mit. ‚Dabei stellt das Zahlenbild das Ausmaß der Krise noch nicht einmal in Gänze dar‘, betonte das Institut. Einige Indikatoren lägen bisher erst für Februar oder März vor, als es nur teilweise Einschränkungen gegeben habe.“

Allein bis Anfang Mai können wir von einem realen Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit um annähernd 10 Prozent ausgehen. Dies kann in den Folgemonaten bei weitem nicht aufgeholt werden, denn die Einschränkungen werden in vielen Bereichen noch wochen- und monatelang anhalten. Mit Sicherheit kommt es somit in der Jahresmitte zu keinem wirklichen Aufschwung, sodass wir – selbst bei einer kleinen Erholung im Herbst oder Spätherbst für das Gesamtjahr mit einem Rückgang des hiesigen BIP um bis zu 10 Prozent rechnen müssen.

Die EZB (*Stand 30.4.2020*) erwartet eine Rezession in der Eurozone (19 Länder) um bis zu 12 Prozent.

Die Prognosen der meisten Institute und erst recht die der Regierung sind interessengeleitet und hinken der nicht zu leugnenden Wirklichkeit hinterher. Dabei wird mit den Angaben hinter dem Komma suggeriert, die Zahlen seien wissenschaftlich fundiert. Vorhersagen im Nachkommabereich sind vollkommen illusorisch. Damit wird die Dramatik runtergespielt.

## Besonderheiten der aktuellen Krise

Dass diese Krise länger und tiefer wird als alle vorangegangenen Krisen seit dem II. Weltkrieg liegt an folgenden Besonderheiten:

- Sie tritt ein am Ende eines Zyklus, der keine neuen Impulse für die Produktivkraftentwicklung erkennen lässt. Neue Effizienzpotentiale sind nicht erkennbar. Auch die sogenannte Digitalisierung hat lediglich gewisse Rationalisierungseffekte zur Folge, ermöglicht aber keinen neuen Aufschwung etwa durch die Ausbeutung neuer Energiequellen oder gar völlig neuartiger Energieträger.

Die vorangegangene Krise (2007-2009) konnte nur deswegen für das Kapital einigermaßen glimpflich überwunden werden, weil man über die staatlichen Rettungsprogramme nicht nur Banken rettete. Mit den direkten und indirekten Zuschüssen für Unternehmen (z. B. mit der Abwrackprämie) wurde damals die Krise in die Staatshaushalte geholt. Diese sind nun in den allermeisten Ländern also schon vor der aktuellen Krise hoch belastet (v. a. in Italien, Griechenland u. Spanien).

Deutschland gehört in dieser Beziehung zu den wenigen Ausnahmen, was mit seiner dominanten Rolle in der EU und im Besonderen innerhalb der Euro-Zone zusammenhängt. Vor allem der deutsche Staat konnte mit seinen Anleihen Geld sparen, vor allem deswegen, weil deutsche Staatsanleihen aufgrund der Unsicherheiten in den Südländern mit Negativzinsen ausgegeben werden konnten. Diesen Mechanismus und diese Vorzugsstellung wird die herrschende Klasse in Deutschland nicht so schnell aufgeben. (siehe weiter unten zu den Eurobonds).

- Aufgrund der extremen Zuspitzung der Krise durch die Pandemie kommt heute nicht nur eine Überakkumulationskrise zum Ausbruch. Sie paart sich mit einer Angebotskrise. Das ist historisch einmalig und hat es zumindest in vergleichbaren Ausmaßen noch nie gegeben. Viele Betriebe können kaum oder nur sehr eingeschränkt produzieren, weil ihnen Zulieferteile fehlen. Selbst nach der Pandemie (von der noch niemand weiß, wann sie zu Ende sein wird) können die Lieferketten nicht wieder lückenlos geschlossen werden. Viele Umsätze, die jetzt nicht stattfinden, werden nicht nachgeholt werden können, sodass viele Betriebe/Unternehmen in den nächsten Wochen und Monaten die Grätsche machen werden.
- Weltwirtschaftskrisen erfassen normalerweise zwar eine Vielzahl von Ländern, sodass auch die nicht direkt betroffenen (aufgrund der internationalen Verflechtungen) nicht ganz ungeschoren davonkommen. Aber dieses Mal wird **kein** Land gar nicht davon betroffen sein. Die Gleichzeitigkeit und das Ausmaß der Krise wird tiefe Spuren hinterlassen, die nicht in ein bis zwei Jahren ausgebügelt werden können. Der Druck, den die Herrschenden demzufolge auf die breiten Volksmassen ausüben werden, um die Profite wieder sanieren zu können, wird gewaltig sein.

Im Rahmen der langen Wellen kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung werden wir mit größter Wahrscheinlichkeit eine längere Phase der Unsicherheit haben. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird es nur eine sehr langsame Erholung geben. Die *Umkehr* in eine expansive Phase der langen Welle ist heute nicht absehbar.

## Die Folgen der Krise

1.) Heute schon ist klar, dass aufgrund der hier beschriebenen

Entwicklung der Konzentrationsprozess gewaltig voranschreiten wird. Viel Kapital wird vernichtet werden (es wird also auch bei der herrschenden Klasse Verlierer\*innen geben). Davon werden gewisse Konkurrenten profitieren, aber dies nur mittel- und längerfristig, denn auch sie (von wenigen Ausnahmen z. B. Amazon abgesehen) werden zunächst einmal Einbrüche erleben. Kein einziger großer Automobilkonzern wird dieses Jahr nennenswert (wenn überhaupt) schwarze Zahlen schreiben. Hier wirken auch die politischen Unsicherheiten (selbst die bescheidenen Umweltauflagen fallen dann schon ins Gewicht), aber vor allem der bedeutende Kaufkraftverlust sowohl in den Metropolen wie in den Schwellenländern.

So wird ein Ankurbeln der Produktion von Elektroautos (abgesehen davon, dass auch sie keine ökologische Alternative sind) stark ins Stocken geraten. Denn sie müsste ja mit gewaltigen staatlichen Mitteln für die Herstellung der Ladeinfrastruktur subventioniert werden, was aber bei den jetzt rapide sich leerenden Öffentlichen Kassen nicht in ausreichendem Maß möglich sein wird. Auch Kaufprämien für Autos werden das nicht ausgleichen können, abgesehen von dem politischen und ökologischen Skandal, den dies darstellen würde bzw. wird.

2.) Die Globalisierung wird in manchen Sektoren eine gewisse Abschwächung erfahren (ein Teil der Wertschöpfungsketten wird wieder nationalisiert werden), aber das wird die Grundstrukturen internationaler Wertschöpfungsketten *nicht wesentlich* verändern.

3.) Welche Strategie werden die Herrschenden für den Exit und die unmittelbare Zeit danach verfolgen? Es werden verschiedene Konzepte existieren, die sich entweder mehr nach den kurzfristigen oder mehr nach den mittel- und längerfristigen Profitinteressen

ausrichten. Ein zu frühes „Loslassen“ der Beschränkungen birgt die Gefahr eines schnellen Wiedereintauchens in die Krise (also mit einem Krisenverlauf in Form eines **W**), wovon sich die herrschende Klasse richtig fürchtet und was auch uns nicht gerade freuen kann.

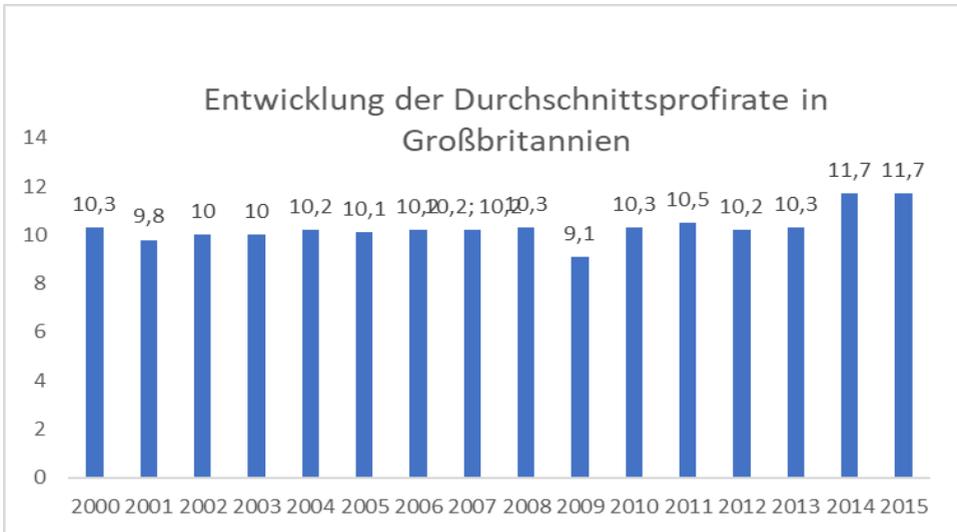
In den nächsten Monaten werden alle Vorbehalte gegen keynesianische Politik einfach aus pragmatischen Gründen beiseitegelegt, ohne dass dies natürlich längerfristige Folgen zeitigen wird. Achcar schreibt in diesem Zusammenhang zur Frage der Gesundheitspolitik: „Wir können mit Sicherheit vorhersagen, dass die Neoliberalen einhellig daran arbeiten werden, die öffentlichen Gesundheitsausgaben zu erhöhen, nicht ohne sicherzugehen, dass sie ihren Freunden, den Herstellern von Gesundheitsprodukten, zugutekommen. Sie werden dies tun, nicht etwa weil sie plötzlich zu den Tugenden des Sozialstaates bekehrt wurden oder an der öffentlichen Meinung interessiert wären, sondern weil sie die wirtschaftlichen Folgen einer neuen Pandemie oder einer zweiten Welle der gegenwärtigen Pandemie fürchten.“

## Eurokrise und Eurobonds

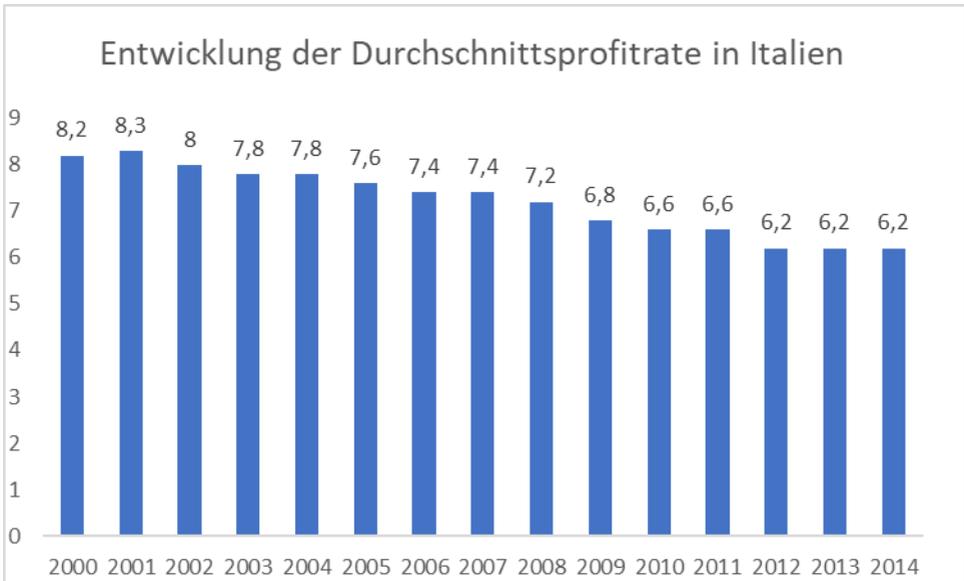
Diese Krise fördert nicht das Zusammenwachsen Europas, sondern eine Belebung nationaler Politik, gerade zum Schutz und zur Förderung des heimischen Kapitals. Dies ist in jeder Hinsicht eine Wiederlegung der Behauptungen, dass das Kapital keinen Nationalstaat mehr brauche.

Der Hintergrund: Im Gegensatz zu manchen oberflächlichen Behauptungen gibt es gerade kein Weltkapital, denn die Profitraten befinden sich nur jeweils auf nationaler Ebene in einem Ausgleichsprozess. Ein Blick auf die Entwicklung der

Durchschnittsprofirate verschiedener Länder verdeutlicht dies:



Grafik: J. Schäfer



Grafik: J. Schäfer

Dies hat u. a. zur Folge, dass es aus sehr handfesten Gründen höchstwahrscheinlich gerade keine Eurobonds geben wird:

1. Eurobonds wären nämlich längerfristig nicht das beste Mittel, die Vormachtstellung derjenigen Länder zu festigen und auszubauen, die heute die EU dominieren. (vor allem Deutschland, Österreich, Niederlande, Finnland). Hier geht es nicht um die unmittelbar auszugebenden Summen, sondern um das Prinzip. Denn: Eurobonds würden im Nachhinein die Politik gegenüber Griechenland desavouieren was in jedem Fall vermieden werden soll.

Eurobonds gäben auch der AfD Auftrieb (sie war genau wegen solcher Fragen der angeblichen „Vergemeinschaftung von Schulden“ überhaupt entstanden). Diese Vorsicht bei den Regierenden wirkt nun erst recht nach dem Urteil des BVerfG vom 5.5.2020. Zum Ausmaß: Die Staatsanleihenkäufe der EZB (März 2015 bis Ende 2018) belaufen sich auf 2,2 Billionen €. Zusammen mit anderen Wertpapieren sind es 2,6 Billionen €. Daran ist die Bundesbank (und damit indirekt der deutsche Staat) immerhin mit 26,38 % beteiligt.

Mit den jüngst von der EU beschlossenen Maßnahmen sollen Länder wie Italien vor dem Kollaps gerettet werden, wenn auch damit in Wirklichkeit nur ein Aufschub gelingt.

Das Urteil des BVerfG vom 5.5.2020 hat aber auch weit über Deutschland hinaus gravierende Folgen für die EU (und nicht nur für die Eurozone), denn dass von einem Kernland eine Missachtung des EuGH erfolgt, dürfte nicht nur die Zinsen für italienische Staatsanleihen in die Höhe schrauben und die dortigen Wirtschaftskrise verschärfen. Letztlich geht es um den Bestand der Europäischen Verträge.

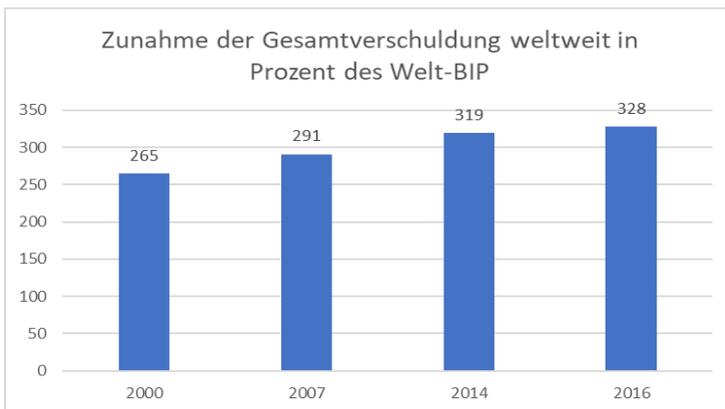
## Verschuldung

Die Verschuldung wird in allen Bereichen drastisch zunehmen:

- am unmittelbarsten natürlich bei großen Teilen der breiten Bevölkerung, vor allem bei den Ärmern (das wird auch die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern);
- bei vielen kapitalistischen Unternehmen, auch dann, wenn sie die eigentliche Krise überleben und nicht geschluckt werden;

in den Staatshaushalten, die sowohl auf nationaler wie auch EU-Ebene gewaltige Summen bereitstellen, die sie gar nicht haben. Das wird zwar nicht kurzfristig die Inflation emportreiben (was es unter anderen Bedingungen täte), aber es wird mittelfristig und erst recht längerfristig die ökonomische Handlungsfähigkeit des Staates deutlich einschränken. (Heute noch lagern in manchen Staatshaushalten oder in teilverstaatlichten Banken beträchtliche faule Kredite aus der Zeit der Bankenrettungen von 2008/2009.)

EU-Kommissar Gentiloni am 6.5.2020: „Der aggregierte Wert für das Staatsdefizit aller Mitgliedsstaaten, das 2019 nur noch bei 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, wird demnach 2020 auf 8,5 Prozent in die Höhe schnellen.“ Der Schuldenstand der Staaten in der Eurozone steigt damit von 86 % (2019) auf 103 % des BIP!



Grafik: J. Schäfer

## Verschuldung des Globalen Südens

Macron hatte in seiner Rede vom 13. April einen massiven Schuldenschnitt für die afrikanischen Staaten angekündigt. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Die Länder der *G 20* und des *Pariser Club* (hier sind 22 Gläubigerstaaten zusammengefasst) haben lediglich einem Rückzahlungsaufschub des für 2020 festgelegten Schuldendienstes auf die Zeit 2022 -2024 zugestimmt. Dann aber wird die Rückzahlungslast nur umso größer, weil sich die Verschiebungen zu den dann sowieso fälligen Zahlungen nur aufaddieren. Betroffen sind 73 Länder. Es handelt sich bei diesem Mini-Moratorium um gerade mal 14 Mrd. \$ bilateraler Schulden. Verpflichtungen gegenüber der Weltbank und dem IWF sind von diesem „Moratorium“ nicht betroffen.

Das Moratorium ist außerdem noch an 3 Bedingungen geknüpft: (a) Diese Gelder müssen für den Kampf gegen das Virus eingesetzt werden; (b) die Behörden der Schuldnerländer müssen die finanziellen Verpflichtungen des öffentlichen Sektors vollständig offenlegen; (c) und zu allem Überfluss müssen dies alles in Vereinbarungen mit dem IWF festgezurrt werden (sonst gibt es keinen Aufschub für die Zahlungsverpflichtungen). Erfahrungsgemäß sind aber gerade diese Vereinbarungen (im Geist des „Washington-Consensus“) in aller Regel mit Stellenabbau im ÖD, Subventionskürzungen für Nahrungsmittel etc. verbunden. Vor der Covid 19-Pandemie liefen auf Geheiß des IWF in 113 Ländern „Strukturanpassungsprogramme“ (also Austeritätsmaßnahmen).

## Schlussfolgerungen

Wer heute eine wirkliche Perspektive zur Diskussion stellen will, für

die es sich zu kämpfen lohnt, muss vor dem Hintergrund dieser umfassenden Krise und der drohenden Aussichten ein in sich schlüssiges Programm vertreten. Hierzu müssen neben manch anderen Dingen gehören:

- Ein umfassendes Programm der Umstellung der Produktion auf ökologisch nützliche Produkte und Dienstleistungen. Da dies aber in den allermeisten Fällen dem Profitprinzip widerspricht (allein in der ölbasierten Wirtschaft: Flugverkehr, Automobilindustrie, Ölindustrie usw. sind gewaltige Kapitale investiert) wird eine entsprechende Bewegung auf die entschädigungslose Enteignung der betroffenen Konzerne orientieren müssen. Die Kontrolle bei der Umstellung der Produktion muss bei den Beschäftigten und der Öffentlichkeit liegen, nicht beim Finanzminister.
- Um nicht weiterhin den Folgen kapitalistischer Finanzpolitik ausgeliefert zu sein, muss auch der Finanzsektor vergesellschaftet werden. Auch hier muss die Maxime lauten: Die dort Beschäftigten müssen alle Vorgänge kontrollieren.
- Ähnliches gilt für den Energiesektor. Gleichzeitig muss ein umfassendes Energiesparprogramm umgesetzt werden.

Für die Länder des globalen Südens muss eine umfassende Entschuldung durchgesetzt werden.

Hier ein paar konkrete Beispiele, mit der politisch auf die Forderungen der Autoindustrie geantwortet werden sollte:

- Keine Autoprämien, auch nicht für E-PKW
- Investitionen in Infrastruktur ÖPNV und Fernverkehr

- Höhere Entgelte und bessere Arbeitsbedingung im ÖPNV und Fernverkehr
- Umbau der Autoindustrie in Richtung öffentlicher Verkehrsmittel + Vergesellschaftung der Autoindustrie

## Also: Verkehrswende statt Abfuckprämie

Diese Ziele erscheinen weit weg. Das ist wahr, aber wir müssen wissen, was unsere langfristigen Ziele sind, weil wir uns sonst in einem endlosen Klein-Klein verfangen. Unsere tagespolitischen Ziele müssen diesen Horizont im Auge behalten und darauf orientieren.

9.5.2020



# Chance für eine ökosozialistische Konversion der Produktion

*von Thomas Sablowski*



Das Handeln der kapitalistischen Staaten in der Coronakrise ist durch einen grundsätzlichen Widerspruch gekennzeichnet.

Um die allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals und vor allem die Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten, müssen die kapitalistischen Staaten die Warenproduktion und -zirkulation zeitweise einschränken. Eine unkontrollierte Ausbreitung der Pandemie könnte nämlich noch weit gravierendere ökonomische und politische Verwerfungen auslösen.

Zugleich tun sich die Regierungen, deren Handeln normalerweise darauf gerichtet ist, die Kapitalakkumulation zu gewährleisten, schwer damit, die kapitalistische Produktion einzuschränken. So haben sie teilweise wochenlang gezögert, effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu ergreifen. Nun sinnieren sie darüber, wie der frühere Normalzustand möglichst schnell wieder hergestellt werden kann. Denn der Produktionsstillstand könnte in der Weltmarktkonkurrenz zum Standortnachteil werden, wenn andere Länder die Einschränkungen schneller aufheben.

Die Regierungen können dem Widerspruch nicht entgehen: Um die Pandemie effektiv einzudämmen, müssten sie die gesellschaftliche Arbeit noch weiter einschränken, d.h. die Volkswirtschaften noch tiefer in die Rezession stürzen. Wenn sie umgekehrt die Maßnahmen zu früh und zu stark lockern, besteht die Gefahr erneuter Infektionswellen mit dem gleichen Resultat –

die Gefahr erneuter Infektionswellen mit dem gleichen Resultat – einer noch tieferen Krise.

## **Reproduktion im Notstandsmodus**

Gleichzeitig fragen sich viele lohnabhängig Beschäftigte, die noch arbeiten gehen und kein «Home Office» in Anspruch nehmen können, warum sie in der Freizeit auf nahezu alle sozialen Kontakte verzichten und sich zahlreiche Entbehrungen auferlegen sollen, während sie sich gleichzeitig bei der Arbeit weiter dem Ansteckungsrisiko aussetzen. In Italien und anderen Ländern hat dieser Widerspruch bereits zu Protesten und Streiks für zusätzliche Arbeitsschutzmaßnahmen oder für die Einstellung der nicht lebensnotwendigen Arbeit geführt.

Viele Eltern und vor allem Alleinerziehende fragen sich auch, wie sie die Betreuung ihrer Kinder gewährleisten sollen, wenn sie gleichzeitig weiter in die Fabriken und Büros müssen, während Schulen und Kitas geschlossen sind.

Die Reproduktion der Arbeitskraft wird nicht nur durch die Ausbreitung des Virus gefährdet, sondern auch durch die Unterbrechung der Warenproduktion und -zirkulation an vielen Punkten. Elementare Produkte sind nicht ausreichend verfügbar, nicht nur medizinische Güter wie Medikamente, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte, sondern auch Konsumgüter wie Toilettenpapier und andere Hygieneartikel oder Grundnahrungsmittel fehlen plötzlich. Schon geringfügige Verhaltensänderungen, eine erhöhte Nachfrage nach bestimmten Produkten und die massenhafte Praxis, etwas mehr Vorräte anzulegen, können zusätzliches Chaos erzeugen und zeigen, wie gering die Puffer in unserer «Just-in-time»-Wirtschaft sind.

Die Kapitalisten reagieren auf die erhöhte Nachfrage nach elementaren Produkten mit enormen Preissteigerungen; binnen weniger Tage hat sich der Preis einiger Produkte vervielfacht. Derartige Preissteigerungen treffen die Ärmsten am härtesten. Diejenigen, deren Geld schon vor der Krise nicht bis zum Monatsende reichte, bekommen die Krise als erste existenziell zu spüren.

Einzelne Unternehmen stellen auch die Produktion um und produzieren nun Güter, die dringend benötigt werden, wie etwa Desinfektionsmittel, Schutzkleidung oder Beatmungsgeräte. Solche Beispiele zeigen, dass eine Konversion der Produktion prinzipiell und teilweise sogar relativ schnell möglich ist. Dennoch bleiben solche Entscheidungen unter kapitalistischen Bedingungen immer von privaten Kalkülen abhängig: Es geht um ein positives Image und letztlich um Profite.

## **Grenzen bürgerlicher Krisenpolitik**

Sowohl monetaristisch als auch keynesianisch orientierte Krisenpolitik gerät an ihre Grenzen, je länger der Stillstand der Produktion andauert. Der Staat kann zwar durch Geld- und Fiskalpolitik für eine bestimmte Zeit die wegbrechenden Einkommen mehr oder minder ersetzen. Aber der Stillstand der Produktion als solcher lässt sich weder mit geld- noch mit fiskalpolitischen Mitteln kompensieren. Es mangelt eben nicht nur an zahlungsfähiger Nachfrage wie in den vorangegangenen Krisen des neoliberalen Kapitalismus, sondern es mangelt an Angebot – je umfassender die Einschränkungen der Produktion sind und je länger sie dauern. Trotz aller Versuche, Zahlungsverpflichtungen aufzuschieben und die Zahlungsfähigkeit zu erhalten, ist eine gewaltige Welle von

Insolvenzen absehbar. Es könnte zur Verstaatlichung von Unternehmen kommen, auch um einen Ausverkauf der einheimischen Unternehmen an Kapitalisten aus rivalisierenden Staaten zu vermeiden.

Für feministische, ökologische und sozialistische Kräfte liegt in dieser Krise trotz aller Verheerungen und Gefahren auch eine ungeheure Chance, denn eine Diskussion über die gesellschaftlich notwendige Arbeit wird unumgänglich. In einer Situation, in der die Arbeit radikal reduziert wird bzw. werden muss, stellt sich die Frage, welche Arbeiten notwendig sind, um die elementarsten Lebensbedürfnisse zu erfüllen und das Leben selbst zu bewahren.

Die Wertschätzung für bestimmte Berufe und Arbeiten, etwa von Krankenpflegerinnen oder Angestellten im Lebensmitteleinzelhandel, die schlecht entlohnt sind und unter schlechten Arbeitsbedingungen stattfinden, steigt plötzlich. Es wird klar, dass die Beantwortung der Frage, welche Arbeiten in der gegenwärtigen Situation notwendig sind, nicht mehr allein dem Markt überlassen werden kann. Teilweise greift der Staat ein, um die Produktion lebensnotwendiger Güter zu gewährleisten. Es entstehen auch Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, um die gesellschaftliche Reproduktion aufrechtzuerhalten.

## **Strategische Defensive und taktische Offensive**

Wir dürfen uns keine Illusionen über die Kräfteverhältnisse machen. Die Widersprüche und die Krisenfolgen, mit denen die Lohnabhängigen und die kleinen Selbständigen konfrontiert sind, rufen auch den Wunsch hervor, möglichst schnell zur Normalität zurückzukehren, und dies können sich die Kapitalisten zunutze machen, die ihrerseits wollen, dass alles bleibt, wie es ist.

Die Krise ist offenkundig zunächst die Stunde der Exekutive. Die führenden Regierungsparteien profitieren, solange sie den Eindruck vermitteln können, dass das Krisenmanagement halbwegs funktioniert, wie die aktuellen Meinungsumfragen zeigen. Wenn die Krisenfolgen noch stärker spürbar werden oder wenn es zu einer weiteren Zuspitzung kommt, könnte die Stimmung in der Bevölkerung allerdings umschlagen. Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge könnte es eher die rechte als die linke Opposition sein, die davon profitieren würde. Dennoch gilt es, den Notstand und die damit einhergehenden diskursiven Verschiebungen zu nutzen, um eine



feministische und ökosozialistische Agenda voranzubringen. Es wäre jedenfalls sträflich, wenn die Linke einfach nur die strukturkonservativen Maßnahmen des Krisenmanagements unterstützen würde, die die Regierungen jetzt ergreifen. In einer Situation, in der die eigenen Kräfte schwächer sind als die des Gegners, in der sozialistische Kräfte sich also in der strategischen Defensive befinden, kommt es darauf an, die Kräfte auf die Punkte zu konzentrieren, an denen die notwendige taktische Offensive am ehesten möglich ist.

Strukturelle Veränderungen dürften gegenwärtig vor allem im Gesundheitswesen durchsetzbar sein, daher sollte sich die Linke auch zunächst darauf konzentrieren: Die Finanzierung des Gesundheitswesens muss grundsätzlich geändert werden, das System der Fallpauschalen muss beseitigt werden. Das Personal in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen muss deutlich aufgestockt und besser bezahlt, die Ausstattung verbessert werden. Die privaten Klinikkonzerne müssen vergesellschaftet,

die Krankenhäuser in kommunales Eigentum überführt werden. Die Produktion von notwendigen Medikamenten und Impfstoffen, Schutzbekleidung und medizintechnischen Geräten muss gesichert werden, d.h. im Inland stattfinden und öffentlicher Kontrolle unterstellt werden.

Die Zusammenhänge zwischen der zunehmenden Naturzerstörung, der Massentierhaltung und der Ausbreitung von Epidemien verweisen auch auf den Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und der globalen Erwärmung sowie weiteren Aspekten der ökologischen Krise. Die gegenwärtige Krise ist ein Vorgeschmack auf das, was uns mit der zunehmenden Verschärfung des Klimachaos, dem Artensterben, dem Anstieg der Meeresspiegel, dem Absterben der Wälder, der Verknappung und Verseuchung des Trinkwassers etc. noch bevorsteht. Es könnte daher für viele zunehmend plausibel werden, dass wir die

kapitalistische Produktionsweise überwinden müssen, um das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur grundlegend zu verändern.



Wir können uns aber nicht darauf beschränken, nur abstrakt-allgemein auf den Kapitalismus als Ursache unserer Probleme zu verweisen. Die notwendigen Maßnahmen eines sozialökologischen Umbaus müssen in den verschiedenen Sektoren konkretisiert werden, also etwa im Bereich der Landwirtschaft oder im Bereich der Mobilität. Es gilt beispielsweise, die Automobilproduktion deutlich zu verringern, angefangen bei Luxuslimousinen und SUVs, und den privaten Lkw- und Pkw-Verkehr zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel, der Radfahrer und Fußgänger zurückzudrängen.

Angesichts der enormen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Automobilproduktion ist dies nicht möglich, ohne sie zu vergesellschaften, die Konversion der Produktion voranzutreiben und die Arbeitszeit gesamtgesellschaftlich zu verkürzen. Dies geht nur gemeinsam mit den Beschäftigten, mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Wenn der Staat in der Krise Unternehmen rettet, so sollte er auch Eigentumsrechte geltend machen und die Betriebe der Kontrolle der Beschäftigten unterstellen, um einen sozialökologischen Umbau durchzusetzen. Dies gilt es zumindest zu fordern – im Wissen, dass der kapitalistische Staat keine neutrale Instanz ist, kein über den Klassen stehendes Subjekt, das für das Allgemeinwohl sorgen könnte. Erst wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Staatsmacht ergreifen und eine neue Form sozialistischer Demokratie schaffen, ist der notwendige sozialökologische Umbau letztlich durchsetzbar.



Dieser Artikel erschien in der Maiausgabe der SoZ

Wer kein Abo hat - brauche eines! [Hier geht es zur Bestellung.](#)



## E-Mail

[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org)

## Telefon

+49 (0) 221 / 923 11 98  
+49 (0) 162 / 392 97 85

## Adresse

ISO – Internationale Sozialistische Organisation  
Regentenstr. 57 – 59  
51063 Köln

## Facebook

[facebook.com/intersoz.org](https://facebook.com/intersoz.org)

## Twitter

[twitter.com/InterSozOrg](https://twitter.com/InterSozOrg)

## Homepage

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)